

# Metamorphose der Geopolitik

## Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg

von Jürgen Wagner

### Einleitung

„Die USA und Europa sind die besten Verbündeten, die sie jeweils bekommen können. Ja, sie verfügen über ähnliche Traditionen, teilen dieselben Werte und haben eine lange Geschichte gemeinsamer Zusammenarbeit hinter sich. Aber am Wichtigsten ist, dass sich die USA und Europa auf derselben Seite der heutigen geopolitischen Trennlinie befinden: beide sind absteigende Mächte mit einem gemeinsamen, starken Interesse am liberalen Status quo. [...] Gemeinsam können die USA und Europa sich helfen, ihren kollektiven Abstieg zu managen, womöglich ihn sogar abzumildern. Allein jedoch werden beide verloren sein.“

Daniel Korski: *Partners in Decline*, European Council on Foreign Relations, 02.03.2010

Wirtschafts- und Finanzkrisen führen seit jeher zu einer Rekonfiguration der globalen Kräfteverhältnisse und gehen in der Regel mit einer Zunahme geopolitischer Spannungen zwischen den Großmächten einher.<sup>1</sup> Auch der jüngste Einbruch der Weltwirtschaft macht hier keine Ausnahme. Er hat mehr als deutlich vor Augen geführt, dass der Versuch, mit dem „Krieg gegen den Terror“ die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf Dauer abzusichern, zu einem ökonomischen, militärischen und politischen Desaster und zu einer massiven machtpolitischen Schwächung geführt hat. Nachdem auch die Machtposition der Europäischen Union in den letzten Jahren zusehends erodiert, rufen derzeit zahlreiche Beobachter bereits das Ende der westlichen Vorherrschaft aus.<sup>2</sup> Auch wenn eine solche Einschätzung womöglich verfrüht ist, lässt sich zweifelsfrei festhalten, dass die Kombination aus der wachsenden Ablehnung des neoliberalen Weltwirtschaftssystems, gepaart mit dem Aufstieg neuer machtpolitischer Rivalen gegenwärtig eine fundamentale Herausforderung darstellt.

Die Strategiegemeinde hat die Zeichen der Zeit längst erkannt. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die Veröffentlichung von „Global Trends 2025“ im November 2008. In diesem Gemeinschaftsprodukt sämtlicher US-Geheimdienste wurden – erstmals – ein gravierender machtpolitischer Abstieg der Vereinigten Staaten

1 „Weltwirtschaftskrisen [...] üben einen wichtigen Einfluss auf die internationalen Konkurrenz- und Hegemonieverhältnisse aus und sind daher in eine Analyse der Geopolitik einzubeziehen.“ Vgl. Brink, Tobias ten: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster 2008, S. 94.

2 Vgl. Ferguson, Niall: The decade the world tilted east, Financial Times, 27.12.2009; Mahbubani, Kishore: The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, New York 2009; Zakaria, Fareed: The Rise of the Rest, Newsweek, 12.05.2008; Haass, Richard N.: The Age of Nonpolarity. What Will Follow US Dominance, in: Foreign Affairs, May/June 2008; Boris, Dieter/Schmalz, Stefan: Eine Krise des Übergangs, in: Prokla, 4/2009, S. 625-643; Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand, München 2008. Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen Delpech, Thérèse: The Decline of the West, New York Times, 21.12.2009.

sowie zunehmende geopolitische Konflikte mit den Aufsteigern China und Russland prognostiziert.<sup>3</sup> Auch das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gelangt zu dem Ergebnis, dass sich die westliche Vorherrschaft ernststen Herausforderungen ausgesetzt sehen wird. Explizit weist die wichtigste EU-Denkfabrik dabei zudem auf die in jüngster Zeit wieder zunehmenden Schnittmengen mit Einschätzungen der US-Seite hin, wie sie in „Global Trends 2025“ vertreten werden.<sup>4</sup> In Deutschland wurde der *Bundesnachrichtendienst* mit der Anfertigung einer Studie zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die globalen Machtverhältnisse beauftragt, die den deutschen Eliten als Orientierungshilfe für das künftige Handeln dienen sollte: „Mitte April [2009] sprach BND-Chef Ernst Uhrlau im Präsidialamt vor und präsentierte Bundespräsident Horst Köhler seine Analyse der Auswirkungen der Situation. Von einer ‚Metamorphose der Geopolitik‘ war im Schloss Bellevue die Rede und von einer Welt, die nach dieser Krise auch politisch nicht mehr so sein wird wie vorher. Kernbotschaft für die Bundesregierung: Europa und Amerika werden absehbar politisch unter Druck geraten, die Konkurrenz mit China wird sich verschärfen, Peking am ehesten zu den Profiteuren gehören.“<sup>5</sup>

Angesichts des gegenwärtigen „Angriffs“ auf die westliche Vorherrschaft ist es aus herrschender Sicht zwingend erforderlich, dass die langjährigen, teils heftigen Konflikte um die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung einstweilen zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung in den Hintergrund treten. Denn ungeachtet mancher Differenzen im Detail überwiegen tatsächlich die beiderseitigen Schnittmengen: Sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten wollen die gegenwärtige staatliche Hackordnung gegenüber den „Herausforderern“ (primär China und Russland<sup>6</sup>) ebenso beibehalten, wie sie bestrebt sind, das ausbeuterische neoliberale System aufrecht

3 National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008. Die Einschätzung eines gravierenden US-Machtverlustes findet sich mittlerweile in nahezu jeder Publikation militärischer und strategischer Zirkel: Vgl. Cronin, Patrick M. (Hg.): Global Strategic Assessment 2009: America's security role in a changing World, Institute for National Strategic Studies, Washington, D.C. 2009; Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.): Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World, Center for a New American Security, January 2010.

4 Grevi, Giovanni: Scanning the future. American and European perspectives, ISS Policy Brief, December 2008; see also Grevi, Giovanni: The inter-polar world: a new scenario, ISS Occasional Paper, June 2009.

5 Unheimliche Parallelen, Der Spiegel, 29.04.2009, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-65169729.html> (15.03.2010).

6 Zwar wurde auch Russland hart von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen, insbesondere die neue Bereitschaft, den Rohstoffreichtum des Landes als machtpolitischen Hebel einzusetzen, dürfte dennoch, so zumindest die Einschätzung in Strategiezirkeln, den weiteren machtpolitischen Aufstieg befördern. Darüber hinaus müsste eine

zu erhalten (und die mit ihm zusammenhängenden Profite für ihre Konzerne weiter zu realisieren): „Im Großen und Ganzen sind die amerikanischen Prioritäten dieselben wie die der Europäischen Union. Dies kann schwerlich verwundern, nachdem sich die amerikanischen und europäischen Interessen ebenfalls weitgehend decken.“<sup>7</sup>

Angesichts der immer schwieriger werdenden Lage wird derzeit immer vehementer die „Einheit des Westens“ beschworen: „Skeptiker verweisen auf den relativen Niedergang Nordamerikas und Europas etwa hinsichtlich globaler Trends in den Bevölkerungszahlen oder der Weltökonomie. Diese Trends unterstreichen jedoch die Notwendigkeit die transatlantische Zusammenarbeit zu vertiefen, nicht sie zu schwächen. Ein schwächeres transatlantisches Band würde Amerikaner und Europäer weniger sicher, weniger wohlhabend und weniger fähig machen, unsere Ideale oder unsere Interessen in der Welt zu fördern.“<sup>8</sup> Ganz ähnlich plädierten im Dezember 2009 acht der einflussreichsten Denkfabriken aus den USA und der Europäischen Union, man müsse künftig „Schulter an Schulter“ stehen, um die westliche Vorherrschaft aufrecht zu erhalten: „Angesichts des Endes des Kalten Krieges und des Aufstiegs neuer Mächte sagen einige, dass die transatlantische Partnerschaft ihre beste Zeit hinter sich habe. Wir stimmen hiermit nicht überein. [...] Die Welt, aus der die transatlantische Partnerschaft hervorgegangen ist, ist rasch am Verschwinden. Die USA und die Europäische Union müssen ihre Beziehungen dringend in Richtung einer effektiveren strategischen Partnerschaft umformen und neu gestalten. Jetzt ist der Moment, die Chance zu ergreifen – to use or to lose.“<sup>9</sup>

Im März 2010 wurde die derzeit vorherrschende Sichtweise nochmals in einem Bericht zusammengefasst, an dem so ziemlich alles, was in Europas Strategie- und Politikzirkeln Rang und Namen hat, beteiligt war: „Wir konnten das Ende der unipolaren Weltordnung beobachten – eine Weltordnung, die von einer einzigen Macht, den USA, dominiert wurde. [...] Neue wirtschaftliche, politische und militärische Mächte sind aufgetaucht. Die Alleingangsstrategie („go it alone strategy“) der USA ist gescheitert. Wir beobachten soeben das Entstehen einer multipolaren Welt, ein neues ‚Zeitalter der Imperien‘. Europa muss daraus als eines dieser Imperien hervorgehen. Hierbei sind die USA sowohl der natürliche als auch unverzichtbare Verbündete.“<sup>10</sup> Die Kernidee,

umfassende Analyse zumindest noch die Rolle Indiens und Brasiliens mit einbeziehen, was den Rahmen dieses Textes jedoch sprengen würde. Dennoch wird diese Frage im Schlusskapitel kurz behandelt.

7 Vasconcelos, Álvaro de: Introduction – Responding to the Obama moment: the EU and the US in a multipolar world, in: Vasconcelos, Álvaro de/Zaborowski, Marcin (eds.): The Obama Moment. European and American perspectives, Institute for Security Studies, Paris, November 2009, S. 11-24, S. 14.

8 The Washington NATO Project (Atlantic Council of the United States/Center for Strategic and International Studies/Center for Technology and National Security Policy/Center for Transatlantic Relations): Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, February 2009, S. 8.

9 Hamilton, Daniel S./Burwell, Frances G. (lead authors): Shoulder to Shoulder: Forging a Strategic U.S.-EU Partnership (Atlantic Council of the United States/ Center for European Policy Studies/ Center for Strategic and International Studies/ Center for Transatlantic Relations/ Fundacion Alternativas/ Prague Security Studies Institute/Real Instituto Elcano/ Swedish Institute of International Affairs), December 2009, S. ii.

10 Verhofenstadt, Guy/Prodi, Romano: Preface, in: Gnesotto, Nicole (Rapporteur): Reshaping EU-US Relations: A Concept Paper, Notre Europe, March 2010.

mit welchem Konzept auf die gegenwärtige Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse reagiert werden müsse, brachte eine Studie im Auftrag des Europäischen Rates auf den Punkt. Angesichts der schwindenden Macht der Vereinigten Staaten sei ein „Übergang von der Pax Americana“ hin zu einer neuen Weltordnung unausweichlich. Es gehe nun darum sicherzustellen, dass diese neue Weltordnung künftig „von einer Pax Transatlantica beaufsichtigt wird.“<sup>11</sup>

Auf dieser Grundlage sollen in diesem Beitrag folgende Prognosen für die künftige Entwicklung der internationalen Macht- und Konfliktkonstellationen getroffen werden: **Erstens**, der machtpolitische Abstieg des Westens ist real, er führt dazu, dass die aufstrebenden Mächte China und Russland zunehmend als Rivalen und Gegner perzipiert werden. **Zweitens** lassen sich derzeit zunehmende geopolitische Rivalitäten beobachten, die im schlimmsten Fall in einen Neuen Kalten Krieg eskalieren werden. Die Konturen dieser neuen Blockkonfrontation treten dabei bereits heute in vielen Bereichen offen zutage. **Drittens** stellt die Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft weiterhin das überragende Ziel sowohl der amerikanischen als auch europäischen Eliten dar. Um dies zu gewährleisten, muss jedoch die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Dieser „Transatlantische New Deal“ umfasst einerseits Washingtons Angebot, künftig in deutlich größerem Umfang als bislang auf EU-Interessen Rücksicht zu nehmen – ja sogar die lang angestrebte Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zuzulassen. Umgekehrt fordern die Vereinigten Staaten hierfür jedoch von den Verbündeten eine deutlich größere (militärische) Unterstützung ein. Im Kern lautet der „Transatlantische New Deal“ also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substanziell mitreden. **Viertens** trifft auch für diese Studie das Sprichwort zu, dass Prognosen schwierig sind, insbesondere, wenn sie die Zukunft betreffen. Deshalb beschäftigt sich das Schlusskapitel mit Argumenten, die gegen die hier vorausgesagte Entwicklung vorgebracht werden könnten und versucht diese zu entkräften.

## 1 Der Abstieg des Westens und der Neue Kalte Krieg

In jüngster Zeit prognostizieren mehr und mehr prominente Beobachter wahlweise eine „Rückkehr der Geopolitik“ (Robert Kagan), eine „globale Großkonkurrenz“ (Nikolaus Busse) oder einen „Weltkrieg um Wohlstand“ (Gabor Steingart).<sup>12</sup> Häufig gipfeln derlei Voraussagen in Warnungen vor einer neuen epochalen Konfrontation, einem Neuen Kalten Krieg zwischen „Demokratien“ (USA und EU) und „Autokratien“ (China und Russland). Verknüpft werden diese Prognosen schließlich noch mit der Forderung, der Westen müsse sich zusammenschließen, um dieser Herausforderung effektiv begegnen zu können.

In den USA vertritt diese Position u.a. der einflussreiche Politikwissenschaftler Robert Kagan: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammentun, um sie zu gestalten – sonst werden

11 Quille, Gerrard: Global Power of Global Player? Framing CFSP and ESDP in 2019, in: Forward-Looking Policy Papers on “Europe 2009-2019”, EXPO/B/PolDep/ST/2009\_109, July 2009, S. 13-20, S. 14.

12 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009, S. 10; Steingart 2008.

andere dies für sie tun.<sup>13</sup> Doch auch auf der anderen Seite des Atlantiks haben sich mittlerweile zahlreiche namhafte Vertreter des Politikestablishments diese Position zu Eigen gemacht.<sup>14</sup>

### 1.1 Die neue Kartografie der Mächteverhältnisse

Der Amtsantritt Barack Obamas fiel mit einer dramatischen Erosion der US-amerikanischen Machtposition zusammen. Die USA haben auf allen relevanten Ebenen an Macht eingebüßt: *Ökonomisch* hat sich die Lage für die USA in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. So belief sich das US-Handelsbilanzdefizit 2008 auf gigantische 670 Mrd. Dollar und die offizielle Staatsverschuldung beträgt im März 2010 etwa 12,5 Bio. Dollar. Berücksichtigt man darüber hinaus auch noch die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme, so beläuft sich das Defizit auf deutlich über 50 Bio. Dollar.<sup>15</sup> Mit anderen Worten, die USA sind faktisch bankrott. Auch die kulturelle Anziehungskraft – die *soft power* – der Vereinigten Staaten, die maßgeblich die Akzeptanz des eigenen Handelns durch andere Mächte beeinflusst, hat rapide abgenommen.<sup>16</sup> Selbst *militärisch* sind die USA keineswegs so unangefochten, wie häufig der Eindruck erweckt wird, auch hier zeichnen sich Auflösungserscheinungen ab.<sup>17</sup>

Vor diesem Hintergrund fasst der US-Politikwissenschaftler Robert Pape die Lage folgendermaßen zusammen: „Die Vereinigten Staaten befinden sich in einer nie da gewesenen Phase des Niedergangs. Die selbst zugefügten Wunden des Irak-Krieges, steigende Staatsverschuldung, zunehmende negative Leistungsbilanzen und andere innere ökonomische Schwächen haben den USA einen realen Machtverlust in einer Welt zugefügt, die sich durch rasch verbreitendes Wissen und Technologien auszeichnet. Sollten die gegenwärtigen Trends anhalten, so werden wir auf die Jahre der Bush-Administration als diejenigen zurückblicken, die der amerikanischen Vorherrschaft den Todesstoß versetzt haben. [...] Amerikas sinkender Anteil an der wirtschaftlichen Weltproduktion ist eine Tatsache und es werden wichtige Veränderungen in der amerikanischen Globalstrategie erforderlich sein, um zu verhindern, dass sich der gegenwärtige Niedergang der amerikanischen Position nicht beschleunigt. [...] Ohne eine bessere Politik wird dies das Ende unserer Stellung als Großmacht sein.“<sup>18</sup>

Mindestens ebenso alarmiert sind jedoch die Eliten auf der anderen Seite des Atlantiks vom ebenfalls rasch erodierenden Ein-

13 Kagan 2008, S. 7. Vgl. auch Lucas, Edward: The New Cold War: How the Kremlin Menaces Both Russia and the West, Basingstoke 2008; Gat, Azar: The Return of Authoritarian Great Powers, in: Foreign Affairs, July/August 2007.

14 Vgl. Leonard, Mark: Divided world: the struggle for primacy in 2020, Centre for European Reform, Policy Brief, January 2007, S. 2; Wijk, Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009; Busse 2009.

15 Vgl. Wagner, Jürgen: Militärischer Neoliberalismus, in: Schröter, Lothar (Hg.): USA – Supermacht oder Koloss auf tönernen Füßen?, Schkeuditz 2009, S. 91-122, S. 119.

16 Vgl. Nye, Joseph: The Decline of America's Soft Power, in: Foreign Affairs, May/June 2004, S. 16-20. Mit der Wahl Barack Obamas hat sich das Ansehen der USA zwar zumindest zeitweise substanzial verbessert, dennoch ist die Akzeptanz einer uneingeschränkten US-amerikanischen Führungsrolle spürbar gesunken. Vgl. Janning, Josef: Welcome Back, America?, Bertelsmann Stiftung, spotlight europe # 2008/12.

17 Vgl. Krepinevich, Andrew F.: The Pentagon's Wasting Assets, in: Foreign Affairs, July/August 2009, S. 18-33.

18 Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009.

### Anteil am Weltprodukt (in %)

	1990	2000	2006	2008	2013	Änderung 2000-2003
USA	26	31	28	23	21	-32%
China	2	4	6	7	9	+144%
Japan	14	15	9	8	7	-55%
Deutschland	7	6	6	6	5	-11%
England	5	5	5	5	4	-9%
Frankreich	5	4	5	5	4	+6%
Russland	6	1	2	3	5	+455%

Quelle: Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009 (2008 und 2013 sind Schätzungen)

### Jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

	1993-2000	2001-2008
USA	3.7	2.2
China	10.6	10.1
Japan	1.1	1.5
Deutschland	1.7	1.3
England	3.2	2.4
Frankreich	2.2	1.7
Russland	-2.1	6.7

Quelle: Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009

fluss der Europäischen Union.<sup>19</sup> Dieser Abstieg wurde durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise weiter beschleunigt, sie war ein gravierender „geopolitischer Rückschlag für den Westen.“<sup>20</sup> Im Gegenzug verzeichnen Russland, insbesondere aber zahlreiche asiatische Staaten, allen voran China, erhebliche Positionsgewinne. So gingen die US-Geheimdienste bereits im November 2008 davon aus, das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt von Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) werde zwischen 2040 und 2050 das der G7 erreichen.<sup>21</sup> Als Folge der Krise gibt mittlerweile etwa Goldman Sachs nun aber an, die BRIC-Staaten würden die G7 bereits 2027 überholen, mehr als zehn Jahre früher als bislang vorhergesagt.<sup>22</sup>

### 1.2 Im Westen nichts Neues: Die Rückkehr alter Konfrontationsmuster

In die neue US-Regierung unter Barack Obama wurden große Hoffnungen gesetzt – leider zu Unrecht, wie sich mittlerweile immer deutlicher herausstellt. Unmissverständlich untermauert auch die neue US-Administration ihren Vormachtanspruch gegenüber den Rivalen Russland und China. So schreibt Anne-Marie Slaughter, die in der Obama-Administration zur Direktorin der wichtigen Politikplanungsabteilung im Außenministerium

19 Vgl. Gowan, Richard/Brantner, Franziska: A Global Force for Human Rights?, ECFR, September 2008, S. 5; Korski 2010; Gnesotto 2010.

20 Altman, Roger C.: The great Crash, 2008: A Geopolitical Setback for the West, in: Foreign Affairs, January/February 2009.

21 National Intelligence Council 2008, S. iv.

22 Foroohar, Rana: Power Up, Newsweek, 30.03.2009.

berufen wurde: „Die Vorherrschaft der liberalen Demokratien ist erforderlich, um eine Rückkehr zu Sicherheitskonflikten zwischen den Großmächten zu verhindern, zwischen den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten auf der einen Seite und einer Autokratie oder einem Zusammenschluss von Autokratien auf der anderen – eine Art der Auseinandersetzung, die zu zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg führte.“<sup>23</sup> Obama selbst warnt vor einer Gefahr, ausgehend von „aufstrebenden Mächten, die eine Herausforderung sowohl für Amerika als auch die Grundfesten der internationalen liberalen Ordnung darstellen könnten.“<sup>24</sup>

Folgerichtig prognostizieren die US-Geheimdienste in „Global Trends 2025“ eine erhebliche Zunahme von Konflikten mit Russland und China.<sup>25</sup> Auch in der „National Intelligence Strategy“ vom August 2009 werden – neben dem Iran und Nordkorea – China und Russland als Bedrohung und sogar mögliche Gegner der USA ausdrücklich benannt.<sup>26</sup> Konsequenterweise fordert US-Verteidigungsminister Robert Gates, es sei weiter notwendig, die militärische Überlegenheit der USA gegenüber den potenziellen Rivalen zu sichern: „Beide, Russland und China, haben ihre Verteidigungsausgaben erhöht. [...] Die Vereinigten Staaten können sich ihrer gegenwärtigen Vormachtstellung nicht sicher sein und müssen in neue Programme, Plattformen und Personal investieren, die gewährleisten, dass ihre Dominanz auf Dauer anhält.“<sup>27</sup>

Auf der anderen Seite des Atlantiks ist die Sichtweise auf Russland kaum positiver. Im wohl wichtigsten Dokument zur Zukunft der europäischen Militärpolitik betont Tomas Ries, Direktor des *Swedish Institute for International Affairs*, zwar, dass die Gefahr durch staatliche Akteure im Vergleich zum Kalten Krieg zurückgegangen, jedoch keineswegs obsolet sei. Explizit benannt werden dabei Nordkorea, der Iran und Russland. Diese Staaten hätten sich aus dem Globalisierungsprozess ausgeklinkt und würden deshalb eine – zumindest potentielle – Bedrohung darstellen: „Die Aufgabe besteht darin, diese [Länder], sofern möglich, umzudrehen und, falls das scheitert, mit ihrer Kampfansage an die sich globalisierende Welt fertig zu werden. Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern. [...] Wir können davon ausgehen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahr 2020 verschiedene Aufgaben bewältigen muss. [...] Gegenüber diesen [Staaten] sind Kapazitäten sowohl zur Unterstützung einer Einflussausübung im Clausewitzschen Sinne als auch für mögliche direkte militärische Konfrontationen erforderlich.“<sup>28</sup>

Vor dem Hintergrund solcher Bedrohungsanalysen nimmt sowohl die amerikanische als auch die europäische Politik seit Jahren immer dezidierter anti-russische Züge an. Selbst die ursprünglich begrüßte Wahl Barack Obama erwies sich aus russischer Sicht als Enttäuschung. Er wird, wie die linksliberale Zeitung *The Nation* kritisiert, „von einigen der härtesten Hardliner in Russlandfra-

gen beraten.“<sup>29</sup> Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse ist es somit nicht verwunderlich, dass die US-Regierung jedes ernsthafte Engagement vermissen lässt, russische Interessen respektieren zu wollen.<sup>30</sup> Konsequenterweise wird der Westen in der Neufassung der russischen Militärdoktrin, die im Februar 2010 in Kraft gesetzt wurde, deutlich bedrohlicher eingeschätzt als in der Vorversion aus dem Jahr 2000.<sup>31</sup>

Ähnlich negativ entwickelt sich das westliche Verhältnis mit China. Da die US-Regierung zunehmend auf einen Konfrontationskurs setzt, spitzen sich auch hier die Konflikte in jüngster Zeit unübersehbar zu: „Zwischen den USA und der Volksrepublik China kriselt es. Es gibt etliche Konflikte und dabei ist der Streit um Taiwan nur die Spitze des Eisbergs. [...] Wir stehen wohl erst am Anfang einer Entwicklung, in der die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsmodellen und den Gesellschaftsordnungen der USA und Chinas immer deutlicher akzentuiert werden. [...] Der eigentliche Konflikt zwischen der mit sich selbst beschäftigten Supermacht USA und einem China, das seine Machtansprüche nach und nach schärfer formuliert, steht uns erst noch bevor.“<sup>32</sup> Doch auch innerhalb der Europäischen Union wird China zunehmend als Rivale und weniger als Partner wahrgenommen: „Bis vor kurzem waren viele westliche Politiker, Banker und Wirtschaftsleute recht optimistisch bezüglich des chinesischen Aufstiegs. [...] Aber im letzten Jahr hat sich das chinesische Verhalten verändert. Hardliner und Nationalisten scheinen diejenigen mit liberalen und internationalistischen Instinkten verdrängt zu haben. Dieser Wandel veranlasst die EU-Regierungen und Institutionen, ihre China-Strategien zu überdenken. Chinas Außenpolitik pocht heute stärker auf die eigenen Interessen.“<sup>33</sup>

## 2 Die Konturen des Neuen Kalten Krieges

Inzwischen wird es immer offensichtlicher, dass sich der Westen auf Kollisionskurs mit den aufstrebenden Mächten befindet. Im folgenden Abschnitt sollen die drei Bereiche dargestellt werden, in denen die Konflikte derzeit am offensten zutage treten.

### 2.1 Staatskapitalismus als Systemkonkurrenz

Wer sich die Frage stellt, weshalb dem machtpolitischen Aufstieg Chinas und Russlands vom Westen nicht mit etwas mehr Gelassenheit gegenübergetreten wird, der findet in „Global Trends 2025“, der bereits mehrfach erwähnten Studie der US-Geheimdienste, einen wichtigen Hinweis: „Zum großen Teil folgen China, Indien und Russland nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell, sondern benutzen stattdessen ein anderes Modell: ‚Staatskapitalismus‘. Staatskapitalismus ist ein loser Begriff, der ein Wirtschaftssystem beschreibt, das dem Staat eine prominente

23 Ikenberry, John/Slaughter, Anne-Marie: Forging a World of Liberty under Law, September 2006. Auch Obamas neuer NATO-Botschafter vertritt ähnliche Ansichten. Vgl. Daalder, Ivo/Goldgeier, James: Global NATO, in: Foreign Affairs, September/Oktober 2006.

24 Obama, Barack: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, July/August 2007.

25 National Intelligence Council 2008, S. 32.

26 The National Intelligence Strategy, August 2009, S. 3.

27 Gates, Robert: A Balanced Strategy Reprogramming the Pentagon for a New Age, in: Foreign Affairs, Januar/Februar 2009.

28 Ries, Thomas: The globalising security environment and the EU, in: Vasconcelos, Álvaro de (ed.): What ambitions for European defence in 2020?, Institute for Security Studies, Paris 20092, S. 61-74, S. 68f.

29 Dreyfuss, Robert: The Rise and McFaul of Obama's Russia Policy, The Nation, 02.07.2008; URL: <http://www.thenation.com/blogs/dreyfuss/334120> (15.02.2010).

30 Dies betrifft etwa die Raketenabwehrpläne oder die Haltung zum russischen Vorschlag, einen „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag“ abzuschließen.

31 Lukyanov, Fyodor: NATO Caught Between Russia and the World, Moscow Times, 17.02.2010.

32 Bartels, Henning: Die USA und China, in: Europäische Sicherheit, 3/2010, S. 3.

33 See Grant, Charles: How should Europe respond to China's strident rise?, CER Bulletin, February/March 2010.

Rolle einräumt. [...] Statt die westlichen Modelle politischer und ökonomischer Entwicklung nachzuahmen, könnten sich viele Länder von Chinas alternativem Entwicklungsmodell angezogen fühlen. Die Machtverschiebung stärkt Staaten wie Russland, die die westliche Ordnung in Frage stellen wollen.<sup>34</sup>

In der einzigen ausführlichen Beschreibung des ebenfalls eingangs erwähnten BND-Papiers zur künftigen weltpolitischen Macht- und Konfliktkonstellation findet sich eine nahezu identische Bedrohungsanalyse: „Die Politik sollte sich deshalb nachdrücklich [...] geostrategischen Krisenabwägungen zuwenden. Denn es ist offensichtlich, dass derzeit noch längst nicht alle möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise mitgedacht werden. [Besonders] betrifft dies das ideologische Ringen zwischen Demokratien und Autokratien, wer das attraktivere Zukunftsmodell für die Entwicklung von Gesellschaften liefern kann. Eine ganze Generation westorientierter Regierungschefs in Entwicklungsländern könnte in die Defensive geraten, wie ihre Länder trotz schmerzhafter Reformen in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen.“<sup>35</sup>

In einer Phase also, in der die Wirtschafts- und Finanzkrise die neoliberale Weltwirtschaftsordnung den letzten Rest an Glaubwürdigkeit gekostet hat, stellen China und Russland somit also die wirtschaftspolitischen Spielregeln mit ihrem Alternativmodell grundsätzlich in Frage. Sergei Karaganov, ein führender russischer Politikwissenschaftler, prognostiziert bereits eine „Neue Ära der Konfrontation“: „Heftige Rivalitäten auf verschiedenen Ebenen – ökonomisch, geopolitisch, ideologisch – werden die Neue Ära der Konfrontation charakterisieren. Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat dieses Merkmal der neuen Welt folgendermaßen beschrieben: ‚Das Paradigma der gegenwärtigen internationalen Beziehungen wird vom Konkurrenzkampf im weitesten Sinne dieses Begriffs bestimmt, insbesondere, wenn sich dieser Konkurrenzkampf auf Wertesysteme und Entwicklungsmodelle erstreckt. Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass der Westen sein Monopol auf den Globalisierungsprozess verliert. Dies erklärt vielleicht am besten die Versuche, die augenblicklichen Entwicklungen als Bedrohung des Westens, seiner Werte und seiner Lebensart darzustellen.“<sup>36</sup>

## 2.2 Angriff auf die Dollarhegemonie

„Die Gesamtverschuldung der USA liegt bei mehr als 12 Bio. Dollar, was gegen 90 Prozent ihres jährlichen BIP ausmacht. Die Amerikaner haben gemerkt, dass die Welt gegenwärtig wie folgt aussieht: Die Amerikaner leihen bei allen Geld, das sie wahrscheinlich nie zurückgeben werden. Im Gegenzug versprechen sie allen, dass sie ihre Sicherheit festigen, die Diktaturen durch Demokratien ersetzen und die Welt in verschiedener Weise verbessern werden.“<sup>37</sup>

Der Hauptgläubiger der USA ist China, das offensichtlich willens ist, diese Schulden als politisch-strategisches Druckmittel zu nutzen. So drohte Peking bereits mehrfach damit, US-Anleihen auf den Markt zu werfen, sollte Washington Sanktionen verhängen, um so eine Aufwertung des Yuan zu erzwingen.<sup>38</sup> Auch die

34 National Intelligence Council 2008, S. vii; iv.

35 Rinke 2009, S. 43.

36 Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4, October-December 2007.

37 China bleibt größter Gläubiger der USA und das ist gut so, RIA Novosti, 03.03.2010.

38 China threatens ‚nuclear option‘ of dollar sales, The Daily Telegraph, 08.08.2007.

## Hauptgläubiger der USA (US-Schulden in Mrd. US\$)

	Jan. 2008	Juli 2008	Jan. 2009	Juli 2009
China	492,6	550	739,6	800,5
Japan	586,9	637,6	634,8	724,5
England	161,9	66,1	123,9	220
Karibische Bankenzentren	108,1	117,6	176,6	193,2
OPEC	140,9	162,9	186,6	189,2
Brasilien	141,7	154,8	133,5	138,1
Russland	35,2	104	119,6	118
Hongkong	54,4	65,2	71,7	115,3
Luxemburg	68,4	89,7	87,2	92,2
Taiwan	38,9	67,9	73,3	77,4
Insgesamt	2403,8	2624	3072,2	3428

Quelle: Boris, Dieter/Schmalz, Stephan: Eine Krise des Übergangs. Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Prokla 4/2009, S. 625-643, S. 632.

Ereignisse um die beiden Baufinanzierer Fanny Mae und Freddie Mac sind aufschlussreich. Ursprünglich beabsichtigte die Bush-Regierung nämlich keineswegs, die beiden kurz vor der Pleite stehenden Unternehmen zu verstaatlichen. Erst als China, das in die Firmen nahezu 400 Mrd. Dollar investiert hatte, androhte, seine Anteile auf den Markt zu werfen und damit den Bankrott der beiden Unternehmen zu besiegeln, entschied sich Washington zur Verstaatlichung – und sicherte damit Pekings Investitionen ab.<sup>39</sup>

Langfristig dürfte Peking jedoch dennoch kaum noch bereit sein, weiter US-Schulden aufzukaufen: „Laut vernehmlich stellt China den Status quo der globalen Finanz- und Währungsordnung in Frage. [...] Die Volksrepublik ist auf lange Sicht nicht bereit, die expansive Geld- und Fiskalpolitik der Vereinigten Staaten durch den Kauf amerikanischer Anleihen zu unterstützen.“<sup>40</sup> Das riesige chinesische Konjunkturprogramm, das vor allem auf Binnenkonsum setzt, könnte dabei zugleich Vorbote und Vorbedingung für einen mittelfristigen Rückzug aus dem Dollar sein.

Bislang ist es vor allem die Rolle des Dollars als Weltleitwährung, die Staaten dazu veranlasst, weiterhin US-Schuldscheine aufzukaufen. Doch auch hier deuten sich gravierende Veränderungen an. Beim ersten BRIC-Treffen im Juni 2009 platzte auf russische und chinesische Initiative die finanzpolitische Bombe: „Das spektakulärste Ergebnis dieses Gipfelmarathons bildete die in Jekaterinenburg von BRIC-Staaten formulierte Absicht, den US-Dollar als Weltleitwährung mittelfristig abzulösen. Die Teilnehmer kamen überein, in ihrem multilateralen Handel den Dollar schrittweise aufzugeben, ihre Devisenreserven durch wechselseitigen Währungsaufkauf weniger dollarlastig zu machen und auf die Errichtung eines ‚diversifizierten Weltfinanzsystems‘ hinzuarbeiten.“<sup>41</sup>

Eine Ablösung des Dollars hätte für die Vereinigten Staaten jedoch katastrophale Folgen. Es steht zu befürchten, dass Washington bereit sein könnte, dies mit militärischen Mitteln zu vereiteln. Anders jedenfalls lassen sich die Ausführungen eines Beitrags in

39 Vgl. Drezner, Daniel: Bad Debts. Assessing China's Influence in Great Power Politics, in: International Security, Fall 2009, S. 7-45.

40 Haap, Sandra/Hilpert, Hanns: Chinas währungspolitische Offensive, SWP-Aktuell, Dezember 2009, S. 1.

41 Konicz, Tomasz: Verbündete Gegner, junge Welt, 29.06.2009.

*Griephan Global Security*, einem Insiderblatt für Eliten aus Politik, Wirtschaft und Militär, schwerlich verstehen: „China rüstet auf, ohne *kurzfristig* eine unmittelbare militärische Bedrohung darzustellen. China scheint unaufhaltsam auf dem Weg zu einer führenden Finanz- und Wirtschaftsmacht. [...] Und schließlich stellt Beijing die Systemfrage: Warum ist eigentlich der Dollar die dominante globale Reservewährung? [...] Heute stellt sich die Frage, ob das Spannungsverhältnis zwischen klassischem Militär und Wirtschaft/Finanzen neu justiert werden muss. Gut möglich, dass eine globale Kräfteverschiebung dann stattfindet, wenn Chinas Zentralbank mit der Forderung nach einer neuen Reservewährung, die sich nicht auf dem Dollar abstützt, ernst genommen wird. *Dann, und erst dann, werden Chinas militärische Fähigkeiten ‚relevant‘.*“<sup>42</sup>

### 2.3 Energiekriege und neue Blöcke

Der Bereich, in dem derzeit die machtpolitischen Auseinandersetzungen am sichtbarsten zutage treten und mit den härtesten Bandagen gekämpft wird, ist die Energiepolitik. Schon im Juni 2008 beschrieb ein Pentagon-Dokument die Konfliktkonstellation angesichts rapide schwindender Energievorkommen folgendermaßen: „Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte, und zwar jetzt, wo wir im weltweiten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen.“<sup>43</sup> Auch die US-Geheimdienste warnen in „Global Trends 2025“ davor, „dass das Abgleiten in eine Welt des Ressourcennationalismus die Gefahr von Konfrontationen zwischen den Großmächten in sich birgt.“<sup>44</sup>

Auf der einen Seite wird dabei China mehr und mehr als Konkurrent im Kampf um die verbleibenden Weltenergieserven wahrgenommen, wie die CDU-nahe *Konrad-Adenauer-Stiftung* ausführt: „Auch mit Blick auf die über die Energieversorgung hinausgehenden Herausforderungen durch die chinesische Energiepolitik, wie der Sicherheits- und Entwicklungspolitik, hat zwischen China und dem Westen der Kampf um globalen Einfluss längst begonnen.“<sup>45</sup> Andererseits ist man bestrebt, Russlands Versuche, seinen Rohstoffreichtum als machtpolitischen Hebel gegen die Europäische Union in Stellung zu bringen, zu konterkarieren. Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren ein regelrechter Energiekrieg zwischen Russland und der Europäischen Union (mit den USA im Hintergrund) um die Kontrolle der kaspischen Energievorkommen ausgebrochen. Vor allem Russlands Bestrebungen, im immer wichtiger werdenden Gas-Sektor ein Produzentenkartell nach OPEC-Vorbild zu gründen, was schlussendlich im Dezember 2008 auch geschah, wurde im Westen nahezu als Kriegserklärung aufgefasst.<sup>46</sup>

Noch gravierender ist die jüngste Stärkung der „Shanghaier Vertragsorganisation“ (Shanghai Cooperation Organization, SCO), einem Bündnis zwischen Russland, China und vier zentralasia-

tischen Ländern.<sup>47</sup> Schon heute stellt diese Organisation, in deren Rahmen mittlerweile auch sicherheits- und energierelevante Fragen behandelt werden, einen überaus potenten Machtblock dar, der 25% der Weltbevölkerung, 8% der Öl- und 31% der Gasvorkommen auf sich vereint. Während den USA der beantragte Beobachterstatus in der Organisation verwehrt wird, wurde er der Mongolei, Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt. Inzwischen hat der Iran die Vollmitgliedschaft beantragt und wird hierin von Russland seit Jahren unterstützt. China stand dem bislang jedoch zurückhaltend gegenüber, da es an einer allzu offensichtlichen anti-westlichen Blockbildung – noch – kein Interesse hatte. Jüngste Äußerungen des SCO-Generalsekretärs Sansyrbayevich Imanaliev im Februar 2010, der bekannt gab, der Aufnahmeantrag des Irans werde im Laufe des Jahres geprüft, deuten aber auch hier auf eine veränderte Haltung Pekings hin.<sup>48</sup> Eine Aufnahme des Iran würde eine massive Veränderung des globalen Machtgleichgewichts bedeuten. Die SCO-Mitgliedsstaaten würden dann über 18% der weltweiten Öl- und 37% der Gasvorräte verfügen.

### 3 Der Transatlantische New Deal zur Sicherung der westlichen Vorherrschaft

Vor dem Hintergrund der mannigfaltigen „Angriffe“ auf die westliche Vorherrschaft fordern zahlreiche Stimmen die stärkere Bündelung der transatlantischen Kräfte, um so die bisherige staatliche Hackordnung zu bewahren. Dies erfordert jedoch eine grundlegend neue Macht- und Arbeitsteilung im Bündnis, ein „Transatlantischer New Deal“, der gegenwärtig auf den Weg gebracht wird.

Selbst in den USA, wo die EU-Verbündeten lange kaum eine Rolle gespielt haben, ist angesichts der derzeitigen machtpolitischen Schwäche ein Gesinnungswandel eingetreten: „Ein starkes Europa ist zentral für die Erholung der Vereinigten Staaten. Die USA sind zu beansprucht – militärisch wie wirtschaftlich – um ohne das Zutun seines wichtigsten Verbündeten auszukommen.“<sup>49</sup> Umgekehrt sind sich auch Europas Eliten einig, dass sie nur im Verbund mit den USA ihre Interessen durchsetzen werden können. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vom Oktober 2009 findet sich diesbezüglich folgender viel sagender Satz: „Ein starkes Atlantisches Bündnis und ein handlungsfähiges Europa ergänzen einander. [...] Auch in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts betrachten wir die Idee des Westens als Grundlage und seine Institutionen als Plattform deutscher Außenpolitik. In der Zeit der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren. [...] Die enge politische Koordination mit den Vereinigten Staaten sehen wir als Kraftverstärker unserer Interessen, der das Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt erhöht.“<sup>50</sup> Eine transatlantische Wiederannäherung beruht also sowohl für die USA, vor allem aber auch für die EU auf einer nüchternen Abwägung der eigenen Interessen. Robert Kagan beschreibt das Kalkül Frankreichs und Deutschlands folgendermaßen: „Auch

42 Heinz Schulte: Hinter dem Bambusvorhang, *Griephan Global Security*, Ausgabe 3/4 2009, S. 3

43 America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.

44 National Intelligence Council 2008, S. v.

45 Nötzold, Antje: China als Herausforderung für die europäische Energieversorgungssicherheit, in: KAS Auslandsinformationen 3/2010, S. 59-75, S. 75.

46 Vgl. Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco, in: AUSDRUCK (Februar 2009), S. 17-23.

47 Die weiteren SCO-Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.

48 The SCO Military Alliance Appraises Membership of Iran, Pakistan, China Daily, 04.02.2010.

49 Cohen, Roger: Remembering Germany, *International Herald Tribune*, 05.02.2009.

50 Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Oktober 2009.

in Europa besteht ein unverkennbarer Trend zu engeren strategischen Beziehungen mit den USA. [...] Dies geschieht allerdings nicht aus neu erwachter Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, sondern wegen der sich ändernden internationalen Lage und der Lehren aus der Vergangenheit. Die amerikafreundlichere Außenpolitik von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel hat nicht nur mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten zu tun, sondern verdankt sich einer Neubewertung der französischen, deutschen und europäischen Interessen. Enge [...] Beziehungen zu den USA, so ihrer beider Überzeugung, verleihen der Macht und dem weltweiten Einfluss Europas einen Auftrieb, den Europa aus eigener Kraft nicht zustande brächte.“<sup>51</sup>

### 3.1 Das US-Angebot: Mehr mitkämpfen und mehr mitreden!

Vor dem Hintergrund der ersten Krise der US-Vorherrschaft erfolgte der erste außenpolitische Aufschlag der US-Regierung auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009. Mit blumigen Worten reichte Vizepräsident Joseph Biden dort den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter“, eine „neue Ära der Zusammenarbeit“, sie sei „entschlossen, einen neuen Ton einzuschlagen.“ Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen für den Transatlantischen New Deal: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen [...], einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt.“<sup>52</sup>

Eine deutliche Kritik an die Adresse der EU-Staaten richtete der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf der Sicherheitskonferenz im Februar 2009, indem auch er eine größere Lastenteilung im Bündnis einforderte. Mehr Mitsprache und mehr Beteiligung in der Allianz „gehen Hand in Hand“: Wenn die USA einerseits ihren Beitrag in Afghanistan erhöhen wollten, europäische NATO-Partner hierzu im Gegenzug aber nicht bereit seien, „macht das die Aufforderung, dass die Europäer mehr gehört werden wollen in Washington, doch etwas hohl.“ Wer mehr mitreden will, der muss auch mehr mitkämpfen, so die alles dominierende Grundaussage, schließlich sei die NATO eine „Zwei-Bahn-Straße“, unterstrich Scheffer.<sup>53</sup>

Die Botschaft scheint angekommen zu sein, wie FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse ausführte: „Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Diese Lasten werden sie aber immer weniger alleine tragen können. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen.“<sup>54</sup>

51 Kagan 2008, S. 96f.

52 Rede von Joseph Biden auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

53 Jaap de Hoop Scheffer, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

54 Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53.



*Händedruck zwischen Barack Obama und José Manuel Barroso beim EU/US Summit in Prag 5.4.2009. Photo: © European Union, 2010*

### 3.2 EU-Bedingungen für den Transatlantischen New Deal

Die zentrale Bedingung für das Zustandekommen des Transatlantischen New Deals ist aus EU-Sicht, dass die USA ihren Anspruch auf die alleinige Führungsrolle im Bündnis aufgeben, wie Kanzlerin Angela Merkel untermauerte: „Konflikte sind von keinem Land mehr allein zu lösen, sondern wir brauchen einander. [...] Das heißt, der kooperative Ansatz muss die Grundlage unseres Handelns sein.“<sup>55</sup> Mit anderen Worten, Washington hat künftig sein Handeln mit der EU abzustimmen und auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen. In klarem Deutsch übersetzte *Spiegel Online* Merkels Botschaft mit folgenden Worten: „Die Kanzlerin fordert von Washington, künftig nie mehr Alleingänge bei internationalen Konflikten zu unternehmen - die NATO sei dafür das zentrale Instrument.“<sup>56</sup>

Ganz konkret erwartet man sich von EU-Seite, dass zunehmende militärische Beiträge sich in deutlich gesteigerten Mitspracherechten im Bündnis bemerkbar machen werden. So lässt sich das transatlantische quid pro quo griffig folgendermaßen zusammenfassen: „Je größer die europäischen Anstrengungen sein werden, desto größer werden die von den Europäern eingeforderten Mitspracherechte sein.“<sup>57</sup> Der am 19. Februar 2009 vom Europäischen Parlament verabschiedete Bericht „über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU“ bringt an-

55 Rede von Angela Merkel auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

56 Kanzlerin fordert Ende der US-Alleingänge, Spiegel Online, 07.02.2008.

57 Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations, CSIS, January 2009, S. 8.

schaulich die beiden Elemente des Transatlantischen New Deals auf den Punkt. Der Bericht „fordert die Europäische Union auf, einen gerechteren Anteil an der Last zu tragen; fordert ferner die USA auf, mehr Bereitschaft an den Tag zu legen, ihre europäischen Verbündeten zu Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu konsultieren.“<sup>58</sup>

### 3.3 Die Implementierung des Transatlantischen New Deals

Trotz der relativ kurzen Zeit, die die neue US-Administration im Amt ist, und ungeachtet so mancher Interessensunterschiede im Detail wird der Transatlantische New Deal augenblicklich in zahlreichen Bereichen implementiert.

Was US-Zugeständnisse anbelangt, wäre hier zunächst die bahnbrechende Formulierung zu nennen, die Vizepräsident Joseph Biden bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009 gewählt hatte. „Wir unterstützen ebenfalls die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, eine größere Rolle der Europäischen Union hinsichtlich des Erhalts von Frieden und Sicherheit [sowie] eine substanziiell stärkere NATO-EU-Partnerschaft.“<sup>59</sup> Auch Barack Obama äußerte sich zum Auftakt des NATO-Gipfels in Straßburg zwei Monate später: „Wir wollen militärisch starke europäische Verbündete. Je besser die europäischen Verteidigungskapazitäten sind, umso besser können wir miteinander kooperieren, umso glücklicher sind wir.“<sup>60</sup> Dabei handelt es sich um eine, wenn nicht die bedeutendste Neujustierung der US-amerikanischen Globalstrategie seit dem Ende des Kalten Krieges. Bislang wurde die Europäische Union bisher stets auch als – zumindest potenzieller – Rivale der USA betrachtet. Aus diesem Grund wurde bereits unter der Regierung Bill Clintons und mehr noch während der Amtszeit George W. Bushs versucht, die Herausbildung eines schlagkräftigen EU-Militärpotenzials, das ggf. auch gegen US-Interessen zum Einsatz kommen könnte, nach Kräften zu torpedieren. Stattdessen lautet nun die eindeutige Botschaft: „rüstet was das Zeug hält, das kann uns beiden nur nützen.“

Ein weiterer wesentlicher Teil des neuen transatlantischen Schulterschlusses stellt darüber hinaus die Rückkehr Frankreichs in die NATO-Militärstrukturen dar. Nach mehr als 40jähriger Abwesenheit symbolisiert kaum etwas deutlicher, dass man gewillt ist, vorhandene Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung einstweilen zurückzustellen. Im Gegenzug war Washington bereit, diesen Schritt angemessen zu honorieren und gab Einfluss im Bündnis zugunsten Frankreichs ab. So übergaben die USA am 9. September 2009 das „Allied Command Transformation“ (ACT) in Norfolk an Frankreich, eines der beiden strategischen NATO-Oberkommandos, das bislang stets von einem US-Amerikaner geleitet wurde.<sup>61</sup> „In Norfolk werden künftige Operationsstrukturen und militärische Fähigkeiten der NATO vorgedacht. Eine stärkere Rolle Europas im Bündnis [...] könnte von dort aus gut vorangetrieben werden.“<sup>62</sup> Eine solche Abgabe von Macht seitens der Vereinigten

Staaten wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen – nun ist sie Bestandteil des Verhandlungspakets. Gleichzeitig erblickt die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die derzeit wohl einflussreichste deutsche Denkfabrik, hierin eine Chance, die genutzt werden sollte: „Die Bundesregierung [sollte] das Gewicht, über das Frankreich nach seiner Rückkehr in die integrierten Bündnisstrukturen verfügen wird, nutzen, um die bestehenden Kräfteverhältnisse in der NATO zugunsten beider Länder zu korrigieren.“<sup>63</sup>

Andererseits scheint auch die Europäische Union in jüngster Zeit zunehmend gewillt zu sein, die USA nach Kräften zu unterstützen. Dies betrifft einmal zahlreiche Überlegungen, die Zusammenarbeit zwischen USA, NATO und Europäischer Union sowohl institutionell als auch bei konkreten Einsätzen erheblich zu intensivieren. So arbeiten die NATO-Militäreinsätze im Kosovo und in Afghanistan schon heute Hand in Hand mit den dortigen „zivilen“ EU-Missionen.<sup>64</sup>

Vor allem aber versucht man, die USA bei den zwei wichtigsten derzeitigen Einsätzen militärisch zu entlasten. Lediglich eine Woche nach der Wahl Barack Obamas beschloss die Europäische Union, nun auch im Irak selber mit ihrer EUJUST Lex Mission aktiv zu werden und so den USA bei der Besatzung unter die Arme zu greifen. Eine ähnliche Entscheidung fällte die NATO kurze Zeit später im Dezember 2008. Nach den schweren Konflikten um den Irak-Krieg war dies ein Signal mit erheblicher Symbolwirkung – sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem Rest der Welt, ein „klares Zeichen für einen Neuanfang.“<sup>65</sup>

Der eigentliche Test, ob der Transatlantische Deal zustande kommen wird, wird aber Afghanistan sein. Seit Jahren wird von den EU-Verbündeten, allen voran von Deutschland, eine Vergrößerung des Engagements gefordert. So wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich Anfang Juli 2009 überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“<sup>66</sup> Auf keinen Fall wollen die EU-Staaten die Neue Transatlantische Partnerschaft mit den USA an einem mangelnden Kriegswillen in Afghanistan scheitern lassen. Aus diesem Grund erhöhten die EU-Mitgliedsstaaten zwischen Ende 2006 und Frühjahr 2010 ihre Beteiligung an der NATO-Truppe ISAF von 17.000 auf 33.000 Soldaten. Dies ist nur einer von vielen Bereichen, in denen die EU-Staaten die gegenwärtige Eskalationsstrategie in Afghanistan voll mittragen und so die USA substanziiell entlasten.<sup>67</sup>

Interessanterweise ist der Afghanistan-Krieg für den US-Geheimdienstbericht „Global Trends 2025“ der Lackmestest, ob der Westen in der Lage sein wird, seine Vormachtstellung aufrecht zu erhalten. Dort findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation an den NATO-Generalsekretär: „Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden – wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen

58 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Februar 2009 zu der Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU (2008/2197(INI)).

59 Biden 2009.

60 Nichts kann das Strahlen trüben, FAZ.net, 04.04.2009.

61 Change of command at Allied Command Transformation, NATO News, 09.09.2009.

62 Nassauer, Otfried: „Out of Ara“, in: Hintergrund, 2/2009, S. 13-16, S. 15.

63 Kempin, Ronja: Frankreichs NATO-Kurs, SWP-Studie, Februar 2009, S. 6.

64 Vgl. Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos 2009, S. 125-132, S. 132.

65 Riecke, Henning: Mehr Einsatz in Afghanistan, in: Internationale Politik, Januar 2009, S. 39-44, S. 42.

66 „Deutschland und Europa müssen mehr tun“, FAZ, 01.07.2009.

67 Vgl. Wagner, Jürgen: From Pax Americana to Pax Transatlantica? The Western Quest for Supremacy in the Era of Persistent Conflict, Information on Politics & Society, No. 2, April 2010.



Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre.“<sup>68</sup>

#### 4 Kalter Krieg als Self-Fulfilling Prophecy?

Inwieweit die in diesem Beitrag prognostizierte Entwicklung weiter zunehmender geopolitischer Spannungen und einer erneuten Blockbildung tatsächlich eintreten wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die hier abschließend adressiert werden sollen.

Zuerst betrifft dies die Frage, ob die USA unter Barack Obama wirklich zu einer substanziellen Abgabe von Macht bereit sein werden oder ob es sich bei den bisherigen Signalen vielmehr um Lippenbekenntnisse handelt. Hier macht sich etwa innerhalb der deutschen Eliten bereits erster Unmut breit: „Kurz vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz [2010] bilanzieren deutsche Regierungsberater die US-Weltpolitik nach dem Ende der Ära Bush. Präsident Obama habe zu Beginn seiner Amtszeit ‚große Erwartungen‘ hinsichtlich einer intensiven Kooperation mit Berlin und der EU geweckt, schreibt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Tatsächlich aber sei ‚kaum mehr als eine Akzentverschiebung‘ eingetreten. Washington räume dem ‚Multilateralismus‘ - einer Chiffre für das deutsch-europäische Bestreben, als Weltmacht mit den USA gleichzuziehen - nach wie vor nur eine instrumentelle Rolle ein.“<sup>69</sup>

In diesem Zusammenhang hat das Signal der Obama-Administration, man sei auch in der Lage, andere Partner zu finden, sollten die Verbündeten nicht zu einer größeren Unterstützung bereit sein, in der EU große Besorgnis ausgelöst.<sup>70</sup> Denn die Europäische Union ist angesichts ihrer eigenen prekären machtpolitischen Situation mindestens ebenso auf die Vereinigten Staaten angewiesen wie umgekehrt. Befürchtet wird vor allem eine G2, ein Bündnis zwischen den USA und China: „Wenn wir auf keinen gemeinsamen Nenner kommen können“, sagte Italiens Außenminister Franco Frattini, „wird Europa in den Hintergrund gezwängt werden. Falls ein ‚großes Zweigespann‘ von China und USA zustande kommt, das auch als Pazifik-Achse bezeichnet werden kann, gerät die atlantische Achse in Vergessenheit. Wir müssen politischen Willen an den Tag legen und entsprechende Verpflichtungen auf uns nehmen.“<sup>71</sup>

Andererseits sehen jedoch auch die Vereinigten Staaten weiterhin in der Europäischen Union den mit Abstand besten Partner zur Durchsetzung ihrer Interessen. Zuletzt unterstrich Obamas Nationaler Sicherheitsberater James Jones auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010 erneut die „Logik“ der transatlantischen Schicksalsgemeinschaft mit folgenden Worten: „Im letzten Jahr reisten Vizepräsident Biden und ich zu dieser Konferenz, um eine Regierung zu repräsentieren, die weniger als drei Wochen im Amt war. Wir erneuerten Präsident Obamas Versprechen für einen Neuanfang in den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Europa und der Welt. [...] Berichte von einem Niedergang der transatlantischen Partnerschaft waren schon immer

stark übertrieben – seit Jahrzehnten. Aber unsere Partnerschaft dauert aufgrund eines einfachen Grundes an – weil sie unsere gemeinsamen Werte und unsere geteilten Interessen reflektiert, die die Basis unserer gemeinsamen Sicherheit und unseres Wohlstands sind. Die Tage, in denen die Europäische Union eine Herausforderung darstellte, die von den USA bewältigt werden musste, sind lange vorüber. Vielmehr ist Europa heute unser unverzichtbarer Partner. [Dies] unterstreicht, was Präsident Obama eine ‚grundlegende Wahrheit‘ nannte – dass ‚Amerika die Herausforderungen dieses Jahrhunderts nicht allein bewältigen kann‘ und dass ‚Europa sie nicht ohne die USA bewältigen kann.“<sup>72</sup>

Die beiderseitige „Motivation“, mit einem Transatlantischen New Deal die Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen, ist demzufolge vorhanden. Die Europäer jedenfalls dürften ihren Teil bereitwillig beitragen: „Da die langfristigen US-amerikanischen Strategiekonzepte von einer im Verbund mit den Europäern durchgesetzten eigenen Vormachtstellung ausgehen, muss und darf angenommen werden, dass die EU-Eliten den ihnen zugedachten Part durchaus zu erfüllen und überzuerfüllen bereit sind, um in demselben Maße, in dem ihre militärische Potenz ansteigt, auch im Verhältnis zum US-amerikanischen Partner an Einfluss zu gewinnen.“<sup>73</sup>

Eine weitere offene Frage betrifft die Zukunft der aufstrebenden Mächte: Werden sich Brasilien und Indien zu eigenständigen Supermächten entwickeln oder viel eher wichtige „Preise“ darstellen, die es gilt, in den einen oder anderen Block des heraufziehenden Neuen Kalten Krieges zu integrieren?<sup>74</sup> Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang die Zukunft Russlands. In diesem Punkt zeigt sich eine entscheidende – wenn auch nahezu die einzige – Meinungsverschiedenheit zwischen den Einschätzungen des amerikanischen und deutschen Geheimdienstes. Während „Global Trends 2025“ Russland vorrangig als Rivalen behandelt, betrachtet der Bundesnachrichtendienst das Land als einen potentiellen Preis. Die Aussichten seien gut, das Land in einen gegen China gerichteten westlichen Block zu integrieren, so die deutsche Einschätzung.<sup>75</sup>

Dass dies gelingt, ist jedoch eher zweifelhaft. Selbst die russischen Vertreter, die eine Wiederannäherung an den Westen fordern, geben an, hierfür sei es zwingend erforderlich, Moskaus Interessen in weit größerem Ausmaß zu respektieren, als dies bislang der Fall war.<sup>76</sup> Weder die Europäische Union und noch weniger die Vereinigten Staaten scheinen hierzu jedoch bereit zu sein: „In einem bemerkenswert deutlichen Interview gab der bekannte Russland-Experte Professor Stephen Cohen [...] an, dass ungeachtet der Aussage der Obama-Regierung, die Beziehungen neu starten zu wollen, das ‚alte Denken‘ in Washington dominiert – ‚dass Russland eine besiegte Macht ist, es keine legitime Großmacht mit denselben Rechten wie die Vereinigten Staaten darstellt, dass Russland Zugeständnisse machen muss [...] und

68 National Intelligence Council 2008, S. 38.

69 Deklassierungsgänge (II), German-Foreign-Policy.com, 29.01.2010. Zitiert wird dort aus Thimm, Johannes: Ein Jahr Außenpolitik unter Obama. Rückkehr zum Multilateralismus? SWP-Arbeitspapier, Januar 2010.

70 Cohen, Roger: Gone, Solid Gone, New York Times, 08.03.2010.

71 EU will mit eigener Armee vorneweg marschieren, RIA Novosti, 17.11.2009.

72 Jones, James: Speech at the 46th Munich Security Conference, 06.02.2010.

73 Europäischer Thinktank mit Griff zur Welt Herrschaft (SB), DIL-JA/1079: ECFR (1), URL: <http://tinyurl.com/cj9der> (14.08.2009).

74 Die letztgenannte Meinung vertritt etwa Khanna, Parag: The second world: empires and influence in the new global order, London 2008.

75 Vgl. Rinke 2009.

76 Vgl. Inozemtsev, Vladislav: The Post-Crisis World: Searching for a New Framework, in: Russia in Global Affairs, July/September 2009, S. 150-160; Kotkin, Stephen: The Unbalanced Triangle. What Chinese-Russian Relations Mean for the United States, in: Foreign Affairs, September/October 2009.



*Die Präsidenten Chinas und Russlands Hu Jintao und Dimitri Medwedew in Beijing 2008, Foto: Creative Commons, [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).*

dass die Vereinigten Staaten ihre Versprechen nicht einzuhalten braucht, weil Russland imperialistisch und böse ist.“<sup>77</sup>

Mit dieser kurzsichtigen Politik drängt der Westen Russland förmlich in Richtung einer sich verfestigenden sino-russischen Allianz. Ein hochinformativer Beitrag des bekannten russischen Wissenschaftlers Sergei Karaganow fasst die diesbezügliche russische Sichtweise bündig zusammen: „Es ist für mich ziemlich offensichtlich, dass die Euroatlantische Zivilisation, die ursprünglich als der Sieger aussah, in der neuen Welt ein wenig hinter China und den asiatischen Ländern hinterherhinkt, die sich als die wahren Gewinner des Kalten Krieges herausstellen. [...] Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ist Amerikas geopolitische Position und sein Führungsanspruch erheblich erodiert – aufgrund von Irak, Pakistan, Afghanistan und der Wirtschaftskrise. Diese Position kann und wird allenfalls teilweise wiederhergestellt werden können. Angesichts der Unmöglichkeit, eines vorteilhaften und gleichberechtigten Zugangs zum Euroatlantischen Raum, tendiert Russland dazu, die Kooperation mit China zu favorisieren – selbst wenn dies als ‚kleiner aber respektierter Bruder‘ geschieht. Außerdem legt China recht pragmatisch seinen Fokus nicht auf unterschiedliche Werte, auch wenn diese Unterschiede groß sind. Die heutige ‚asiatische Option‘ ist nicht dieselbe wie die europäische Option der Vergangenheit. Sie sieht aus wie die Wahl zugunsten einer rasch aufsteigenden Zivilisation.“<sup>78</sup>

Ebenso wie Russland, erwartet auch China, dass seine Interessen respektiert werden – und fordert dies auch zunehmend lautstark ein. Beispielhaft hierfür war die Rede des chinesischen Außenministers auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010: „Von der subtilen und diplomatischen Sprache Yang Jiechis sollte man sich nicht in die Irre führen lassen. Im Kern war seine Botschaft: China wird konstruktiv in allen wichtigen internationalen Sicherheitsfragen kooperieren – vorausgesetzt, Chinas wichtigste

Interessen werden voll und ganz respektiert.“<sup>79</sup> Kishore Mahbubani, der mehr als dreißig Jahre im Dienst des Außenministeriums von Singapur stand, stellt deshalb in diesem Zusammenhang die Gretchenfrage: „Der Aufstieg Asiens stellt ein wirkliches Dilemma für die westlichen Staaten dar: sollen sie sich von ihren materiellen Interessen leiten lassen und an der Macht festhalten? Oder sollen sie sich von ihren Werten leiten lassen und damit anfangen, Macht abzugeben und zu teilen?“<sup>80</sup> Augenblicklich deuten alle Anzeichen bedauerlicherweise darauf hin, dass der Westen versuchen wird, seine Vorherrschaft unter allen Umständen zu bewahren, koste es, was es wolle. Die Folgen sind schon jetzt spürbar, wie eine Umfrage anfang 2010 verdeutlicht: „Nahezu 55% der [chinesischen] Befragten stimmen damit überein, ‚dass ein Kalter Krieg zwischen den USA und China ausbrechen wird‘. Eine unabhängige Untersuchung chinesisch-sprachiger Medien im Auftrag der Sunday Times ergab Aussagen von Navy und Armee-Offiziere, die einen militärischen Showdown vorhersagen und politische Führer, die fordern, dass China mehr Waffen an Amerikas Feinde verkaufen soll.“<sup>81</sup>

Gelingt es nicht, die westlichen Eliten mittels massiver Proteste von ihrem bisherigen Kurs abzubringen, so droht tatsächlich, dass sie hierdurch die Welt in einen Neuen Kalten Krieg stürzen werden. Es besteht die reale Gefahr, dass „es zu einer Konfrontation zwischen den transatlantischen Status Quo-Mächten und den Herausforderern aus der Semiperipherie kommt. Die Entscheidung über ein solches Szenario wird in den nächsten Jahrzehnten in den westlichen Staaten durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Wahlen getroffen.“<sup>82</sup> Eine deutlichere Handlungsaufforderung an die amerikanische und europäische Friedens- und Antikriegsbewegung kann es also kaum geben.

77 Bhadrakumar, M.K.: Sino-Russian baby comes of age, Asia Times Online, 13.06.2009.

78 Karaganov, Sergei: Russia in Euro-Atlantic Space, solon-line, 11.12.2009, URL: <http://www.solon-line.de/russias-place-in-euro-atlantic-space.html> (08.02.2010).

79 Liebig, Michael: The 2010 Munich Security Conference: China Enters the Scene, solon-line, 12.02.2010, URL: <http://www.solon-line.de/the-2010-munich-security-conference.html> (15.02.2010).

80 Mahbubani 2009, S. 103.

81 Sheridan, Michael: China's hawks demand cold war on the US, The Sunday Times, 07.02.2010.

82 Boris/Schmalz 2009, S. 641f.